



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

10. Sitzung vom 6. November 2017

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.20 Uhr

Leitung: Pascal Treuthardt (Präsident)

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Manuela Eichenberger, Thomas Häfele, Katharina Macina, Stephan Meyer,
Daniel Zimmermann

Verspätet:

Präsident:

Pascal Treuthardt

Protokoll:

Linda Weick

Präsentation Siegerprojekt Wettbewerb Schulhaus Dorf

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP informiert die Anwesenden, die ordentliche Einwohnerratssitzung werde heute etwas später starten, da vorab eine Information von Jurymitglied Andreas Reuter zum Siegerprojekt des Wettbewerbs Schulhaus Dorf stattfinde.

Andreas Reuter stellt das Gewinnerprojekt «Enno» vor.

Der Präsident bedankt sich für die Ausführungen. Er bittet die Einwohnerratsmitglieder, allfällige Fragen und Anregungen direkt an die Verwaltung zu richten.

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP eröffnet die Sitzung und begrüsst die Ratsmitglieder, die Mitglieder des Gemeinderats und die anwesenden Zuschauer und Zuschauerinnen. Entschuldigt sind Manuela Eichenberger, Grüne, Katharina Macina, SP, Thomas Häfele, Stephan Meyer und Daniel Zimmermann, alle drei von der FDP. Damit sind 35 Einwohnerratsmitglieder anwesend (einfaches Mehr: 18, qualifiziertes Mehr: 24).

Letzten Dienstag wurde der Präsident zusammen mit seinem Vize vom Grossen Rat in Basel zu einem Austausch mit den anderen Baselbieter Einwohnerratspräsidien eingeladen. Ein solches Treffen hat bis anhin noch nie stattgefunden. Er fand den Austausch sehr interessant. Es zeigte sich, dass die Gemeinden mit ähnlichen Herausforderungen wie z.B. fehlenden Flächen für Primarschulbauten zu kämpfen haben. Selbst Allschwil hat mit dem neuen Schulhaus bereits wieder etwas zu wenige Kapazitäten. Muttenz hat das Glück, in Zukunft in die ehemalige Gewerbeschule einziehen zu können. Liestal hingegen setzt den Fokus auf die Ansiedlung von älteren Personen. Das vorrangige Problem der Gemeinde ist die Beibehaltung des Bahnhofes, zudem möchte sie neuer Uni-Standort werden.

Der Ablauf und die Sitten im Grossen Rat in Basel gestalten sich etwas anders als im Einwohnerrat in Binningen. Die Sitzordnung orientiert sich an den Wahldistrikten, wodurch die Fraktionen nicht geschlossen beieinander sitzen. Das Parlament verfügt über ein elektronisches Zählsystem. Jeder kann an jedem Sitzplatz abstimmen. Bei Abstimmungen müssen sich die Grossräte und Grossrätinnen an einem Sitzplatz einloggen und rechtzeitig ihre Stimme abgeben. Das könne gelegentlich zu einer gewissen Hektik führen. Der Präsident führt aus, der Grosse Rat bezeichne sich selbst als einen der chaotischsten Räte. Die Ausführungen zum Parlamentsbetrieb in Basel haben ihm gezeigt, wie gut er es mit «seinen» Einwohnerratsmitgliedern habe. Er bedankt sich an dieser Stelle ganz herzlich dafür.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen):

Nr. 64, Anfrage G. Löhr, SP: Tagi (Schutzmatten)

Nr. 65, Postulat FDP-Fraktion: Ergänzende Separatsammlung von Kunststoffabfällen

Nr. 66, Postulat A. Alt, CVP: Doppelte Kopien der Unterlagen vermeiden

Bereinigung der Traktandenliste

Dem Präsidenten liegen keine Änderungsanträge zur Traktandenliste vor.

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste**Geschäft Nr.**

1. **Genehmigung des Protokolls vom 25.09.2017**
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.10.2017 **63**
Planungskredit Teilzonenplan Zentrum
Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.08.2017 **41**
Postulat K. Glaser, Grüne: Einführen einer Kunststoff- / Plastiksammelstelle
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.09.2017 **44**
Postulat G. Löhr, SP und B. Büschlen, Grüne: Bonus für besondere KiTa-Leistungen
Geschäftskreisführung: Barbara Jost
5. Bericht des Gemeinderats vom 15.08.2017 **42**
Interpellation G. Löhr, SP: Café Spiegelfeld
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.10.2017 **22**
Postulat SVP-Fraktion: Erstellen einer Online-Plattform für die Wahlen 2020
Geschäftskreisführung: Mike Keller
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.08.2017 **129/X**
Motion FDP: Kein Durchgangsverkehr auf der Benkenstrasse und
Motion SVP: Beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse **141/X**
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
8. **Diversa**

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 25.09.2017

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP teilt mit, dass beim Einwohnerratsbüro keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen seien.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 63

Planungskredit Teilzonenplan Zentrum

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Susanna Keller, SVP legt dar, seit 2013 seien Teilbereiche im Zentrum altrechtlich geblieben. Nun soll der letzte Schritt in Angriff genommen werden, um die Ortsplanungsrevision abzuschliessen. Es gilt, zu bereinigen und die blockierte Bautätigkeit aufzuheben. Die SVP-Fraktion möchte vorwärts schauen. Sie wird dem Planungskredit zustimmen, damit die Verwaltung weiterarbeiten kann.

Beatrice Büschlen, Grüne moniert, die Grünen seien nicht sehr begeistert und schon gar nicht zufrieden mit der Vorlage. Auf 2 Seiten wird versucht, dem Einwohnerrat ein Planungskredit über 270 000 Franken schmackhaft zu machen – eine Seite für einen Rückblick und eine Seite, um den Betrag zu erklären. Aufgrund der Informationen Fragen zu stellen oder gar Konsequenzen abzuschätzen, um die Höhe des Kredits beurteilen zu können, ist so nicht möglich. Der farbig gemusterte Plan ohne Legende hilft dabei auch nicht weiter. Einen lesbaren Plan inkl. Legende wurde den Einwohnerratsmitgliedern am letzten Freitag zugestellt. Um einen Planungskredit in Höhe einer viertel Million Franken seriös beurteilen zu können, braucht es mehr Zeit. Die Grünen bräuchten Gelegenheit, weitere Unklarheiten zu klären.

Gemäss Zonenreglement umfasst die Zentrumszone Gebiete, die zur Entwicklung des Ortszentrums entlang der Hauptstrasse und der Kernmattstrasse bestimmt sind. Wieso wurde der Perimeter über die Baslerstrasse bis zur Bruderholzseite und zum Schloss ausgeweitet? Dafür ist der beantragte Betrag eher zu knapp. Wo und wie viele Grünflächen sind vorgesehen? Wie berechnet sich die Grünflächenziffer bzw. die Spiel- und Freizeitfläche der W- und WG-Zonen in einer Zentrumszone und gilt diese für den ganzen Perimeter (über die einzelnen Quartiere oder über alles)? Die Votantin verweist darauf, dass für eine Zentrumszone per se keine Grünflächenziffer festgelegt sei. Wie, wann und mit wem ist die Kommunikation, Information und Mitwirkung vorgesehen? Um diese Schritte transparent durchführen zu können, erscheinen den Grünen die 37 000 Franken als zu knapp berechnet. Die Zentrumszone betrifft die ganze Bevölkerung. Es sollte nicht im stillen Kämmerlein geplant werden – schon gar nicht bei der vorliegenden Betrachtungsgrösse. Die Fraktion hofft, die Aufzählung der Planungsschritte entspreche nicht dem zeitlichen Ablauf. Die Mitwirkung praktisch am Ende des Prozesses ist intransparent und nicht nachhaltig. Wird die Detaildefinition von Teilgebieten nur den Planern überlassen? Die Wahrscheinlichkeit von Einsprache-Verhandlungen wird dadurch nicht kleiner und das Ganze verteuert sich. Ganz abgesehen davon, dass man diese zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen kann. Die städtebauliche Studie von 2016 oder eine Zusammenfassung davon wäre aus ihrer Sicht zudem hilfreich gewesen.

Normalerweise schickt die Rednerin ihre Fragen vorgängig an das zuständige Gemeinderatsmitglied. Aufgrund der knappen Zeit und der sparsamen Informationen war ihr das nicht möglich. Dadurch fehlt

die Möglichkeit, die Antworten zu würdigen, Rückfragen zu stellen und diese allenfalls in der Fraktion zu besprechen. Seriöse Entscheide können so nicht getroffen werden. Vielleicht braucht es gar keinen derart grossen Planungssperimeter und ein entsprechend kleinerer Kredit wäre ausreichend. Die Begründung dazu fehlt. Die Grünen hätten die knappe und unklare Vorlage gerne zurückgewiesen und dem Gemeinderat die Gelegenheit zur Nachbesserung gegeben. Die Überweisung in die BPK erachten sie nun aber als hilfreicher. So können Nachfragen und erste Mitwirkungen bereits vorgenommen werden. Ausserdem kann der Betrag besser beurteilt werden. Die Grünen beantragen eine Überweisung in die BPK.

Karl J. Heim, CVP äussert, die CVP stimme dem Planungskredit aus folgenden Überlegungen zu. Erstens ist die Fraktion froh, wenn es mit der Teilzonenplanung nun endlich vorwärts gehe. Zweitens ist dies vor allem eine Notwendigkeit im Sinn der Rechtssicherheit, d.h. der Harmonisierung von altem und neuem Recht resp. Konformität mit dem neuen Recht. Drittens ist die CVP nicht der Meinung, dass das Geschäft für weitere Abklärungen in die BPK müsse. Abschliessend würde es den Votanten interessieren, wofür immerhin ganze 28 000 Franken für Diverses eingestellt wurden.

Marc Schinzel, FDP teilt mit, die FDP unterstütze den Planungskredit einstimmig. Die Fraktion möchte, dass es nun voran gehe. Seit dem Bundesgerichtsentscheid 2015 sind bereits wieder zwei Jahre verstrichen. Die FDP glaubt, der Gemeinderat werde aus dem Gerichtsentscheid die notwendigen Schlüsse ziehen. Um zu schauen, was man machen könnte, muss der Dorfkern möglichst grossflächig betrachtet werden. Die verschiedenen Zonen resp. Nutzungen spielen ineinander. Eine Überweisung in die BPK macht zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn. Zuerst braucht es Arbeiten auf der Planungsebene, bei welchen die Fachspezialisten gefragt sind. Anschliessend kann der Einwohnerrat die Vorlage beurteilen.

Philippe Spitz, SP erläutert, der Hintergrund der heutigen Vorlage sei der Bundesgerichtsentscheid aus dem Jahr 2015. Im Wesentlichen hat das Bundesgericht u.a. bestätigt, man könne nicht nur Fassaden und Gebäudehöhen in der Zentrumszone vorsehen, sondern müsse auch die Ausnutzungsziffer und die Abstände beachten. Auf der anderen Seite muss eine Richtplankonformität gewährleistet werden. Der Votant zitiert einen Ausschnitt aus dem Bundesgerichtsentscheid, der auf den Richtplan Bezug nimmt: «Eine verdichtete Bauweise und Nachverdichtungen müssen quartier- und umweltverträglich (massgeschneidert) erfolgen und eine hohe Qualität in der Siedlungsstruktur und der Architektur aufweisen.». Zudem ist §15 Abs. 3 des Bau- und Planungsgesetzes zu beachten (RBG): «Die verdichtete Bauweise muss eine hohe Siedlungs- und Wohnqualität sowie eine gute Einfügung in die landschaftliche und bauliche Umgebung gewährleisten.». Diese Aussage ist auch im Entscheid des Kantonsgerichts enthalten.

Das Bauland ist begrenzt. Verdichtung ist in aller Munde. Der SP ist nicht ganz klar, wohin die Reise gehen soll. Insbesondere eine Verdichtung nach oben scheint der Fraktion grossmehrheitlich nicht der richtige Weg zu sein. Sie legt den Finger auf Ortsbildschutz und Grünzonen und möchte keineswegs einer Hochhauseuphorie den Weg ebnen. Es stellen sich aber auch Fragen. Sind auf dem ausgeschiedenen Perimeter sämtliche noch als altrechtlich zu bezeichnenden Gebiete einbezogen? Nach Ansicht des Redners gibt es mindestens noch zwei Gebiete, die altrechtlich sind oder bleiben, die nicht einbezogen wurden. Daher stellt sich die Frage nach einer Ausweitung oder Eingrenzung des Perimeters. Wenn man sich den Flickenteppich anschaut, sieht man, es gibt verschiedenste Quartier- und Teilzonenpläne. Eine Vereinheitlichung hört sich gut an. Ist das tatsächlich so einfach? Kann man einfach über die Quartierplanpflicht im weitesten Sinn hinweg gehen? Die SP-Fraktion ist der Meinung, das Geschäft verfrage eine Schlaufe über die BPK. Das Vorgehen ist unklar. Auf zwei Seiten werden die Vorkommnisse geschildert und es wird formal erklärt, was man machen möchte. Die inhaltlichen Zielsetzungen werden aber nicht thematisiert. Aus diesem Blickwinkel bietet sich eine Überweisung in die BPK an. Die SP unterstützt den Antrag der Grünen.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP erklärt, beim angesprochenen Perimeter handle es sich um die Kernzone, wie sie im Plan eingezeichnet sei. Dieser Perimeter ist relativ begrenzt und geht keinesfalls bis auf das Bruderholz. Es geht nicht um den ganzen Teilzonenplan, sondern nur um den Teilbereich, der

damals nicht genehmigt wurde. Wer bei der Mitwirkung einbezogen wird, gilt es noch zu klären. Auch die Grünflächen wurden bisher noch nicht definiert. Mit der Genehmigung des Kredits beginnt der Planungsprozess, in welchem diese Punkte u.a. auch alle Stakeholder, die es einzubeziehen gilt, sorgfältig angeschaut und definiert werden. Der Planungskredit wurde bewusst relativ knapp berechnet. Dafür wurden unter dem Punkt «Diverses» 28 000 Franken eingestellt, da man nie weiss, welche unvorhergesehenen Sachen sich bei einer Planung ergeben.

Die Frage bezüglich einer möglichen Vereinheitlichung der verschiedenen Quartier- und Teilzonenpläne muss im Rahmen der Planung geklärt werden. Die Quartiere haben unterschiedliche Elemente, die es zu berücksichtigen gilt. In der Grundlagenerarbeitung wurde festgestellt, dass es Gebiete gibt, die geschützt werden sollten. Der Gemeinderat muss nun schauen, wie man mit dem Vorhandenen eine ideale Planung machen kann, um in Zukunft eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen. Es ist sicher nicht Sinn und Zweck, überall Hochhäuser hinzustellen. Aus Sicht der zuständigen Gemeinderätin geht es in Binningen darum, die hohe Wohnqualität (z.B. auf den Hügeln) zu erhalten und dort wo es möglich und sinnvoll ist (z.B. an einem ev. noch zu bestimmenden Ort in der Talsohle), allenfalls über Hochhäuser zu reden. Die Gemeinde hat vom Kanton den Auftrag erhalten, dies abzuklären. Ob es umgesetzt wird resp. umgesetzt werden kann, ist noch offen. Zur Beantwortung eines Grossteils der aufgeworfenen Fragen benötigt man die Planung und dafür muss zuerst der Kredit gesprochen werden.

Marc Schinzel, FDP macht klar, für die FDP sei es nicht der richtige Weg, das Geschäft nun in die BPK zu überweisen. Das widerspricht der allgemeinen Vorgehensweise. Zuerst möchte man sehen, welche konkreten Vorstellungen der Gemeinderat habe. Dafür sind dessen Know-how und das Wissen externer Fachleute nötig. Das Thema ist sehr komplex. Bereits heute Abend wurde über Hochhausplanungen, die Zusammenlegung von Teilplänen und die Verfahrensbeteiligten diskutiert. Was soll die BPK zum jetzigen Zeitpunkt beraten und mit welchen Erkenntnissen soll sie anschliessend in den Einwohnerrat kommen? Es macht aus Sicht des Redners keinen Sinn, das Geschäft nun in die BPK zu geben. Die Diskussion über die Gestaltung der Zentrumszone kann anschliessend erfolgen.

Philippe Spitz, SP überzeugen die Voten der zuständigen Gemeinderätin und seines Vorredners nicht. Er hat den Tenor so verstanden: «Wir wissen selbst nicht, was wir wollen und geben es darum den Planern.» Es ist die Aufgabe der Politik, zu gestalten. Der Votant möchte vermeiden, dass zuerst die Planer planen und man sich anschliessend an Ideen abwetzen muss, die politisch vielleicht gar nicht machbar oder gewünscht sind. Immerhin 138 000 Franken – über 60 Prozent des Kredits – gehen an die Planer. Mit diesem Vorgehen wird eine Wundertüte bestellt. Eigentlich haben aber alle Anwesenden ihre Vorstellungen. Die BPK kann dem Gemeinderat inhaltliche Vorgaben mitgeben, wenn dieser selbst nicht weiss, was er will oder dies zumindest nicht schildern kann. Deswegen befürwortet der Redner eine Überweisung in die Kommission. Das ist der politische Prozess.

Beatrice Büschlen, Grüne glaubt, der Gemeinderat hätte mit detaillierteren Unterlagen einige Fragen und Diskussionen des heutigen Abends verhindern können. Die Grünen möchten nicht, dass es nach Abschluss der Planung, wenn das Einwohnerratsgeschäft vorliegt und die Fraktionen Änderungswünsche einbringen, heisst, nun sei es zu spät, diese Inputs hätte man früher äussern müssen. Das hat sie bereits erlebt. Aus ihrer Sicht sind momentan noch zu viele Fragen offen. Gemäss Zonenreglement umfasst die Zentrumszone die Haupt- und Kernmattstrasse. Der Plan zeigt aber klar, dass sich der Perimeter bis zum Friedhof und auf der anderen Seite bis ins Hollee-Gebiet erstreckt. Das ist nicht die Zentrumszone. Sonst würden die Planungskosten ev. etwas anders aussehen. Betreffend Mitwirkung weist die Rednerin nochmal darauf hin, dass die Zentrumszone von allen Binninger Einwohnern und Einwohnerinnen genutzt werde. Es betrifft nicht nur die im Quartier wohnhaften Personen. In einem Zentrum sollte die Mitwirkung deshalb grösser angelegt sein.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP weist darauf hin, man habe die neue Ortsplanung in diesen Räumlichkeiten verabschiedet. Im Rahmen des Geschäfts wurde die Grundlage vom Parlament und auch vom

Stimmvolk in einem abschliessenden Schritt gutgeheissen. Für die Zentrumszone war jedoch die Gutheissung resp. die Freigabe des Kantons nicht erfüllt. Daher entstand eine Lücke, welche es zu füllen gilt. Es gibt keine Diskussion, ob der Perimeter der Zone ausgeweitet werden kann oder nicht. Die Zone wurde auf den gültigen Plänen definiert. Die verabschiedete Grundlage ist die Basis für die Planung, d.h. die ganzen Überlegungen, welche man in der Vergangenheit gemacht hat, sind grundsätzlich gültig. Nun müssen unter Berücksichtigung der Hinweise vom Kantons- und Bundesgericht Präzisierungen vorgenommen werden, damit die Zone anschliessend vom Kanton gutgeheissen werden kann.

Selbstverständlich hat man in der Zwischenzeit auch neue Erfahrungen gesammelt und gewisse Punkte haben sich geändert. Diese Inputs werden aufgenommen. Damit es rechtlich sauber abläuft, wird nach Abschluss der Formulierungen wieder eine vollständige Mitwirkung durchgeführt. Der Gemeinderat wird, wie er es beim letzten Prozess bereits gemacht hat, die Beteiligten einladen und das Werk mit ihnen anschauen. Die ganze Fläche wird frisch überarbeitet, also auch die bereits im gültigen Ortsplan definierten Zonen. Nach der Beratung der neuen Definitionen im Parlament soll das Geschäft auch dieses Mal einen Bogen über die BPK machen. Die Kommission kann die Vorlage dann prüfen und dem Einwohnerrat in einem Bericht Empfehlungen abgeben. Erst danach geht es um die Einführung.

Philippe Spitz, SP findet, man hätte diese Ausführungen im Geschäft erwähnen können. Einerseits sagt der Gemeindepräsident, es handle sich um die Grundlage, über die man bereits abgestimmt habe, aber andererseits sei es eigentlich doch nicht genau das. Dort liegt der Hase im Pfeffer. Der Einwohnerrat weiss nicht, was nun gehe. Für den Votanten ist klar, die Politik muss federführend sein und nicht irgendein Planungsbüro.

Rahel Bänziger, Grüne ergänzt, die Ortsplanungsrevision sei vor ca. 10 Jahren durchgeführt und diskutiert worden. In 10 Jahren verändert sich vieles. Die Sachen, die sich geändert haben, müsste man in der BPK anschauen. Die Votantin hatte bei den Ausführungen der zuständigen Gemeinderätin das Gefühl, man brauche einen Planungskredit für eine Planung damit man planen könne. Die Erläuterungen waren für sie zu wenig handfest. Man spricht von einer Summe von mehr als einer viertel Million Franken. Für ein Luftschloss ist ihr das zu teuer. Sie möchte wissen, was geplant wird. Da sollte die Politik die Weichen stellen, insbesondere da seit der Ortsplanungsrevision wieder einige Zeit verstrichen ist. Auch die Anwesenden möchten das Zentrum verändern, z.B. mit einem neuen Schulhaus oder einem anderen Dorfplatz. Die Rednerin hat bereits mehrfach die Erfahrung gemacht, dass es nach Vorliegen der Planungsergebnisse, als der Einwohnerrat seine Änderungswünsche schliesslich anbrachte, hiess, mit den Inputs hätte man früher kommen müssen. Die Punkte konnten nicht mehr aufgenommen werden. Das ist frustrierend. Als Einwohnerrätin oder Einwohnerrat ist es schwierig abzuschätzen, wo und wann man seinen Input mitgeben muss. Deswegen wäre sie froh, wenn man das Geschäft in der BPK anschauen und diese Sachen definieren könnte, damit die Vorlage danach schneller verabschiedet werden kann. Das wäre wahrscheinlich allen Beteiligten ein Anliegen.

ABSTIMMUNG

Überweisung in die BPK: 14 JA / 21 NEIN

Bewilligung des Planungskredits: 21 JA / 4 NEIN / 10 Enthaltungen

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat bewilligt für die Ausarbeitung des Teilzonenplanes Zentrum einen Planungskredit über 270 000 CHF (+/-10%, inkl. MWSt.).

Postulat K. Glaser, Grüne: Einführen einer Kunststoff- / Plastiksammelstelle

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Rahel Bänziger, Grüne möchte zu Beginn die verschiedenen Gründe für die Einreichung des Postulats durch ihre Fraktion aufführen. Erstens ist es ein ausgewiesenes Bedürfnis eines grossen Teils der Bevölkerung, auch Plastik und Kunststoff sammeln zu können und dem Recycling zukommen zu lassen. Zweitens sollen die Personen, die sammeln möchten, das auch tun können. Insbesondere wenn die ganze Sammlung selbsttragend ist, ohne von der Gemeinde subventioniert zu werden. Drittens enthält die eidgenössische Abfallverordnung vom 4. Dezember 2015 über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (VVEA) in Artikel 12 eine allgemeine Verwertungspflicht: «Abfälle sind nach dem Stand der Technik stofflich oder energetisch zu verwerten, wenn eine Verwertung die Umwelt weniger belastet als: a.) eine andere Entsorgung und b.) die Herstellung neuer Produkte oder die Beschaffung anderer Brennstoffe.» Und viertens ist es auch gut für das Image von Binningen, wenn man etwas anbietet, das viele Menschen gerne möchten.

Nun möchte die Votantin auf die Studie der UMTEC und der Carbotech und deren wissenschaftliche Mängel zu sprechen kommen. Der Bericht zeigt eine Momentaufnahme, den IST-Zustand und nicht die Zukunft. Es ist nicht ganz legitim, eine bestens etablierte Sammelmethode (PET) mit einer neu eingeführten Sammlung zu vergleichen. Die neue Sammlung kann dagegen nur schlechter abschneiden, da ihr keine Zeit gegeben wurde, sich zu bewähren. Zudem muss der Absatzmarkt für Recyclinggranulat erst etabliert werden. Es stimmt nicht, dass Recyclinggranulate von minderer Qualität nirgends gebraucht werden können. Es gibt dafür sehr wohl Einsatzgebiete. Auch minderwertiges Granulat verbilligt ein Recyclingprodukt. Als kleine Zwischenbemerkung fügt die Rednerin an, dass das andernfalls kein Betrieb machen würde. Zur Berechnung der Ökoeffizienz werden in der Studie die Nettokosten der Sammlungen und nicht die Bruttokosten verglichen. Dadurch wird das Bild verzerrt, da der Erlös des Werkstoffverkaufs – Granulat bei Plastik, Energie und Metall bei der Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) – im ersten um einiges höher ist als bei den KVAs. Dieser Fehler zieht sich systematisch durch die ganzen Berechnungen und verfälscht das Bild zu Lasten der Plastiksammlung. Der Bericht beschreibt einen IST-Zustand und zeigt das Potenzial, das die Sammlung in Zukunft haben wird, nur minimal. Die Energiestrategie des Bundes wurde angenommen. Mit deren Umsetzung wird sich die Ökoeffizienz von KVAs um einiges verschlechtern und die Plastiksammlung wird im direkten Vergleich noch besser dastehen.

Allschwil hat eine Plastiksammlung eingeführt. Herr Dill, der in der Verwaltung für die Plastiksammlung verantwortlich ist, hat der Votantin dazu einige Auskünfte gegeben. Die Sammlung wurde in Allschwil vor 1.5 Jahren eingeführt. Sie stiess auf grosses Interesse. 40 Prozent der Haushalte machen inzwischen mit. Die Gebühren von 73 Rappen pro Sack decken alle Unkosten. Über die Gebühren – Plastik versus normalen Kehricht – kann der Kehrichtfluss einer Gemeinde positiv gesteuert werden. Die Bewohner zahlen nämlich pro Sack, die Gemeinde aber pro Kilo für die KVA. Das heisst, dass die leichte Plastiksammlung die schweren Abfälle quersubventioniert. Aber Plastik ist dafür zu schade. Es wurde angeführt, dass es ein Problem für die KVAs wäre, wenn sie kein Plastik mehr hätten. Nach Aussage von Robin Quartier, Geschäftsführer des Verbands Schweizer Abfallverbrennungsanlagen, haben die KVAs aber immer noch genügend brennbare Materialien. Die Rednerin möchte dem Rat beliebt machen, das Postulat zu überweisen und nicht abzuschreiben. Wer sammeln möchte und dafür bereit ist zu bezahlen, soll diese Möglichkeit erhalten. Das Postulat wurde bewusst offen formuliert: «Der Gemeinderat wird gebeten, zu prüfen und zu berichten wie in Binningen eine Kunststoffrecycling-Möglichkeit eingeführt werden kann.» Der Gemeinderat ist frei, verschiedene Möglichkeiten abzuklären.

Beatrix Bürgin, SVP führt aus, das Postulat von Karin Glaser verlange, dass Kunststoffverpackungen nicht mehr im Hausabfallsack landen, sondern separat gesammelt werden. Laut der Studie der Firma Carbotech AG und dem Institut für Umwelt und Verfahrenstechnik ergibt das getrennte Plastiksammeln eine geringe Effizienz. Es entstehen hohe Kosten und ein sehr kleiner ökologischer Nutzen. Die hohen Kosten entstehen, da bei Kunststoffverpackungen die Kunststoffarten, wie Polyethylen, Polypropylen oder Polyvinylchloride, in einem aufwändigen Verfahren getrennt werden müssen bevor sie zu Granulat weiterverarbeitet werden können. Man darf das Plastiksammeln nicht mit der PET-Sammlung vergleichen. PET ist sortenrein. Dank der Sortenreinheit können daraus wieder PET-Flaschen produziert werden. Eine verstärkte Separatsammlung von Kunststoff kann dazu führen, dass der eigentliche Abfallsack teurer wird, damit die Kosten für die Abfallsammlung und -entsorgung getragen werden können. Für die SVP ist klar, das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimme bei diesem Geschäft überhaupt nicht. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats und wird das Postulat mit der Überweisung abschreiben.

Patricia Bräutigam, CVP dankt Rahel Bänziger für ihre Ausführungen. Ihre Fraktion hat sich nochmals beraten. Aufgrund der offenen Formulierung des Postulats befürwortet die CVP grossmehrheitlich eine Überweisung ohne Abschreibung des Vorstosses.

Gabriela Vetsch, SP erkennt im Antrag auf Überweisung ein positives Zeichen. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat, der offensichtlich die Frage und die Wichtigkeit des Problems durchaus erkannt hat. Anders als der Gemeinderat möchte die SP das Postulat aber nicht abschreiben. Die Partei stellt die Resultate der Studie nicht in Frage, die daraus gezogenen Schlüsse hingegen schon. Es ist nicht legitim, die Sammlung von sortenreinen PET-Flaschen, die man im grossen Stil sammeln kann, mit der kleinen, nicht sortenreinen Sammlung von Kunststoff zu vergleichen. Bei diesem Vergleich schneidet die Kunststoffsammlung automatisch schlechter ab. Bei grösseren Mengen wäre aber eine Trennung möglich. Die Studie gesteht, dass dies der Schwachpunkt ihrer Aussagen sei. Allschwil hat sehr gute Erfahrungen mit der Kunststoffsammlung gemacht. Jeder dritte Haushalt – gemäss den Zahlen von Rahel Bänziger sogar 40 Prozent – macht bereits mit. Die Säcke werden, entgegen möglicher Befürchtungen, nicht zweckentfremdet. Die Leute halten sich an die Vorgaben der Plastiksammlung. Mit 73 Rappen für 35 Liter sind alle Kosten gedeckt. Der ökologische Mehrwert könnte mit einer Ausweitung des Einzugsgebiets (Zusammenarbeit mit Allschwil) vergrössert werden, ev. wäre sogar eine sortenreine Kunststoffsammlung machbar. Das würde die Ökobilanz verbessern. Der SP ist es wichtig, Materialien in den Kreisläufen zu behalten und sie nicht einfach zu vernichten. Darum möchte die Fraktion den Vorstoss nicht abschreiben. Der Gemeinderat soll prüfen, ob und wie eine Zusammenarbeit mit Allschwil umzusetzen wäre.

Marc Merian, FDP führt aus, die Studie von Carbotech und UMTEC sei die neuste, die es gebe. Sie wurde im Jahr 2017 verfasst. Mehrere Ämter für Umwelt waren darin involviert resp. haben die Studie in Auftrag gegeben. Dem Votanten scheint es etwas weit hergeholt, diese Studie anhand eines Kurzberichts zu kritisieren. Der Redner zitiert aus der Studie: «Je nach Energieeffizienz der Kehrriechverbrennungsanlage kann der Umweltnutzen der Kunststoffsammlensysteme zwischen 0 und 1.2 Mio. UBP pro Tonne schwanken.» Der Binninger Müll wird in der KVA in Basel verbrannt. Das ist die energieeffizienteste Anlage der Schweiz. Somit ist der Umweltnutzen einer Kunststoff-/Plastiksammelstelle in Binningen gleich Null. Nichtsdestotrotz muss man zwischen einer gemischten und einer reinen Kunststoffsammlung unterscheiden. Bei einer gemischten Kunststoffsammlung wird der Kunststoff schlussendlich einfach verbrannt. Zwar nicht in einer KVA, sondern in einem Industrieofen. Die KVA in Basel führt letztlich auch zu einer Wiederverwertung der Energie. Man bewirtschaftet damit z.B. die Zentralheizung. Die FDP kommt zum gleichen Schluss wie die SVP. Das Postulat soll überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben werden. Für die Fraktion ist die Studie ausreichend. Die FDP reicht zudem ein Postulat ein, welches die Prüfung einer gezielten Kunststoffsammlung für Styropor und ev. auch für Kunststoffflaschen fordert.

Gaida Löhr, SP verwirrt das Statement der FDP. Einerseits will man ein offen formuliertes Postulat nicht überweisen, andererseits reicht man ein sehr viel einschränkenderes Postulat neu ein. Die Logik dahinter erschliesst sich ihr nicht. Mit einigen Hinweisen der FDP in der Diskussion hätte man das auch erreichen

können. Sie sieht nicht ein, weshalb man das Postulat der Grünen zuerst ablehnen muss, um dann ein neues, eigenes zu bringen. Sie möchte lieber den Vorstoss der Grünen direkt überweisen.

Philippe Spitz, SP erstaunt die Haltung der FDP ebenfalls. Er hat den Wahlflyer der Partei leider zu Hause vergessen, aber es steht darin sicher auch etwas in Bezug auf den Umweltschutz. Nun liegt quasi ein indirekter Gegenvorschlag vor. Der Vorstoss möchte keine Sammlung in Säcken vor den Häusern, sondern man solle den Plastikabfall zum Werkhof bringen. Dies im Wissen, dass man es dann nicht macht. Das ist etwas unehrlich. Dass man die Thematik nicht offener anschaut, ist für den Redner eine Kapitulation vor den Fakten. Letzte Woche im «10 vor 10» ging es genau darum. Dort hat er gehört – und das ist viel aktueller als die Studie –, dass sich das Sammelsack-Sammeln nicht lohne resp. zurzeit umstritten sei, da es zu wenig gemacht werde. Dadurch muss man den Abfall exportieren und im Ausland die verschiedenen Plastiksorten auftrennen lassen. Das kostet und trübt die Bilanz. Für ihn ist klar: Wenn man nicht in die Richtung geht, dann geht nie etwas vorwärts. Daher ist der indirekte Gegenvorschlag der FDP ein Schritt zurück und wurde möglicherweise sowieso nur gemacht, um sich selbst politisch zu profilieren. Der Votant ergänzt, Freiburg im Breisgau habe vier verschiedene Sammelsackarten – Kehrlicht, Papier/Karton, organische Abfälle und Plastik. Das ist richtig vorbildlich. Ihm leuchtet nicht ein, wieso man sich bei der Plastiksammlung nicht Allschwil anschliessen könne. Dann hätte man viel mehr Potenzial und die Rechnung sähe vielleicht etwas anders aus.

Bettina Benthaus, SP versteht nicht, weshalb man die Augen vor einer zukunftsweisenden Sache verschliesse. Der Plastikabfall wird zunehmen. Binningen kann als Vorbild vorausgehen und dieses zukunftssträchtige Projekt anreissen. Irgendwann wird man nicht mehr um eine Plastiksammlung herum kommen. Als moderne Gemeinde könnte man hier Akzente setzen.

Rahel Bänziger, Grüne möchte auf einige Punkte replizieren. Es geht nicht darum, dass der Abfall die Plastiksammlung subventioniert. Die Plastiksammlung soll kostendeckend sein. In Allschwil funktioniert das mit 73 Rappen pro Sack. Niemand wird zu etwas gezwungen. Für die Rednerin ist völlig klar, dass das Angebot kostendeckend sein müsse. Der Fraktionssprecher der FDP erwähnte, dass Ämter in die Studie involviert waren. Das stimmt nicht. Sie waren die Auftraggeber und haben vielleicht gewisse Daten geliefert. Aber die Studie wurde vor allem an der Hochschule in Rapperswil verfasst. Sie hat vorhin extra den Auftrag des Postulats vorgelesen. Die FDP fordert nun, die Sammlung solle getrennt erfolgen. Der Vorstoss ihrer Fraktion schreibt keine gemischte Sammlung vor. Der Gemeinderat ist frei, zu sagen, die gemischte Sammlung lohnt sich nicht, wir machen eine getrennte Sammlung. Ihr erschliesst sich daher auch nicht, weshalb man das vorliegende Postulat abschreiben und dafür das Postulat der FDP überweisen sollte. Der gesamte Inhalt ist im Vorstoss ihrer Fraktion enthalten. Für sie ist es schlechter politischer Stil, wenn man ein Postulat abschreibt, um dann selbst mit dem gleichen Anliegen zu kommen. Die Votantin ist auch nicht die einzige, die die vorliegende Studie kritisiert. Sie weist wirklich methodische Mängel auf. Es gibt ein Recycling-Magazin, in welchem die Studie zerpfückt wurde und auch gewisse Fachexperten auf dem Recyclinggebiet kommen zu einer anderen Einschätzung als die Studie. Das Postulat ist offen formuliert. Der Gemeinderat ist bei einer Überweisung frei, zu entscheiden, welche Art der Sammlung er prüfen möchte.

Roman Oberli, SVP sieht den Umweltaspekt. Wenn man Öl behalten kann anstatt es zu verbrennen, ist der Nullnutzen trotzdem mehr wert. Sein grösstes Bedenken ist die beschlossene Energiestrategie 2050 des Bundes. Er möchte nicht, dass Binningen einen Schnellschuss mache und etwas einführe, das anschliessend ev. sogar in Widerspruch zur Energiestrategie stehe. Deshalb sollte das Postulat aus Sicht der SVP überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben werden.

Marc Merian, FDP hat eine Rückfrage an Rahel Bänziger: Was passiert mit dem Kunststoff in Allschwil?

Marc Schinzel, FDP findet es nicht richtig, dass nun die Redlichkeit der FDP-Vorstösse in Frage gestellt werde. Man kann sachlich darüber diskutieren und auch über die Studie unterschiedlicher Meinung

sein. Aber der Fraktion in Abrede stellen zu wollen, dass sie mit ihrem Vorstoss ein ernsthaftes Anliegen aufnehmen möchte, denn für die FDP ist es eine Effizienzfrage, findet er nicht korrekt.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP erklärt, normalerweise sage man: «Zwei Juristen, drei Meinungen». Sie stellt mit Freuden fest, dass es bei den Naturwissenschaftlern ähnlich ist. Die Gemeinderätin masst sich nicht an, die Studie inhaltlich beurteilen zu können, da sie nicht Naturwissenschaftlerin sondern Juristin ist. Aber es scheint eine Tatsache zu sein, dass es unterschiedliche Meinungen gibt. Ihr persönlich liegt der Umweltschutz sehr am Herzen, aber es muss in einem gewissen Verhältnis zum Aufwand stehen. Das ist die «Hauptkritik», die der Gemeinderat an der Kunststoffsammlung übt. Es gibt einen ökologischen Nutzen, aber er steht in keinem Verhältnis zum damit verbundenen Aufwand. Selbst wenn das Ganze von den Sammlern selbstfinanziert wird, ändert es nichts daran, dass der Aufwand zur Entsorgung des Kunststoffs relativ gross ist.

Es wurde gesagt, es handle sich um ein Bedürfnis der Bevölkerung. Wer sammeln will, solle das tun können. Die Rednerin betont, dass das heute schon möglich sei. Man kann den Kunststoff sammeln und ihn an zahlreiche Orte bringen. Es wäre ein gutes Image für Binningen, da ist sie einverstanden. In Binningen versucht man, den ökologischen Nutzen höher zu halten. Erst wenn es bessere Verfahren v.a. für die stoffliche Trennung gibt, würde eine Kunststoffsammlung nach Einschätzung des Gemeinderats Sinn machen. Die gemischte Sammlung und die anschliessende Auftrennung in sortenreinen Kunststoff sind unverhältnismässig. Auch wenn sie nicht nur glücklich darüber ist, zum heutigen Zeitpunkt ist es nach Meinung des Gemeinderats nicht die ökologischste Lösung. Sie gibt Rahel Bänziger aber Recht. Aus ihrer Sicht ist der Vorstoss der FDP gänzlich in dem der Grünen enthalten. Zum Schluss regt die Votantin an, man könne den Plastikverbrauch auch an der Quelle vermeiden. Dort besteht ein grosses Potenzial. Wie bspw. die Kartonverpackungen vor 10-15 Jahren gezeigt haben, kann man die Grossverteiler erziehen, indem man die Verpackungen in den Geschäften lässt. Diese merken was von den Kunden nicht geschätzt wird und sind auch in der Lage, dort wo es möglich ist, entsprechende Retuschen anzubringen.

Rahel Bänziger, Grüne äussert, man könne PET und Plastikflaschen bei den Grossverteilern zurückbringen. Aber man kann gewisse Plastiksachen, wie sie beim Verkauf von Früchten Verwendung finden, nicht zurückbringen. Genau diese Plastikverpackungen füllen die Hälfte des Abfallsacks. Die Vermeidung an der Quelle ist natürlich das Beste. Aber wenn sie mit dem Fahrrad zum Einkaufen fährt, ist sie froh, wenn die Früchte in irgendwelchen Behältern geschützt sind. Sie wäre noch so froh, wenn diese aus Karton wären. Es ist zudem auch eine Frage der Mobilität. Vielleicht sind gewisse Leute froh, wenn sie nicht wöchentlich auf den Werkhof fahren müssen. Man könnte prüfen, ob es Binningen wie Allschwil machen und man einfach einen Sack rausstellen könnte. Auf die Nachfrage von Marc Merian erklärt die Rednerin, Allschwil bringe seinen Plastik momentan zur Firma Vogt Plastic in Rheinfelden.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP gibt ihrer Vorrednerin Recht, die Plastikverpackungen seien sperrig. Sie zerschneidet diese in der Regel in kleine Stücke, so dass sie den Abfall nicht mehr verstopfen. Die andere Variante wäre der Kauf von unverpackten Lebensmitteln, wie es in Basel in gewissen Geschäften bereits möglich ist. Dort kann man Früchte mit einem Tupperware holen, wenn man gar keine Plastikverpackungen nach Hause nehmen möchte. Dann sind die Früchte auch geschützt.

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP trennt den Antrag des Gemeinderats für die Abstimmung und lässt zuerst über die Überweisung und anschliessend über die Abschreibung abstimmen.

ABSTIMMUNG

Überweisung: einstimmig JA

Abschreibung: 18 JA / 16 NEIN / 1 Enthaltung

- ://: 1. Das Postulat wird überwiesen.
- ://: 2. Der Vorstoss wird gleichzeitig abgeschriben.
-

Traktandum 4

Nr. 44

Postulat G. Löhrr, SP und B. Büschlen, Grüne: Bonus für besondere KiTa-Leistungen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne dankt dem Gemeinderat für die wohnwollende Aufnahme des Postulats und die Erkenntnis, dass im Frühbereich noch einiges zu tun sei. Der neuste Bildungsbericht Nordwestschweiz zeigt auf, dass die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) als Querschnittsaufgabe angesehen werde. Für die Qualität in diesem Bereich braucht es Konzepte. Diese sind leider nur punktuell gegeben. Der Bildungsbericht beurteilt die Situation auf 12 Seiten und misst dem Thema damit eine grosse Bedeutung bei. Die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und die Konferenz der SozialdirektorInnen arbeiten bei dieser Aufgabe zusammen und zeigen so, dass es ein übergreifender Auftrag ist, unabhängig vom Finanzierungssystem der einzelnen Kantone und Gemeinden. Unabhängig davon sind unterschiedliche Unterstützungsmöglichkeiten denkbar. Die Gemeindeversammlung in Muttenz hat in jüngster Vergangenheit die Vorlage für den Frühbereich zurückgewiesen und den Gemeinderat aufgefordert, eine Mischform zu wählen. Das wäre auch in Binningen möglich. Last but not least fordert der Schweizerische Arbeitgeberverband in seinem 17 seitigen Fokus vom 26. Oktober: «Qualitativ gute Drittbetreuungsangebote für Kinder – eine Win-Win-Situation für alle beteiligten Akteure». Die Gemeindeautonomie bringt es mit sich, dass im Primarschulbereich später Mehrkosten finanziert werden müssen. Deshalb regt die Votantin an, bereits präventiv zu schauen, dass solche Kosten nicht entstehen.

Wenn Themen oder Begriffe wie Betreuung fallen, egal ob bei Kindern oder älteren Menschen, gehen bei vielen PolitikerInnen die Hände reflexartig zu den roten Karten. Das kostet, Ausbau Sozialstaat, Selbstverantwortung etc. Man vergisst dabei, dass es um verletzbare Menschen geht. Menschen, die meist keine Lobby haben und sich den Weg in ihre Zukunft und in unsere Gesellschaft erst erlernen müssen. Beim sich gegen den sogenannten Ausbau wehren, wird die Tatsache ignoriert, dass Betreuungsinstitute sowohl für jung als auch für alt ein Dienstleistungssektor sind, der rasant wächst. Es sind Dienstleistungsgewerbe, die Steuern zahlen, Ausbildungsplätze schaffen und zum Standortvorteil einer Gemeinde beitragen. Es erstaunt sie, dass Gewerbe- und Wirtschaftsverbände dies noch nicht für sich entdeckt haben. Die Postulantin bittet ihre Kollegen und Kolleginnen, der Prüfung eine Chance zu geben, um zu schauen, was vom Menuplan heiss oder kalt und zu welchem Preis serviert werden könne.

Beatrix Rheiner, FDP teilt mit, Binningen habe 2013 das Reglement über die familienergänzende Betreuung eingeführt. Die Gemeinde wechselte von der Objekt- zur Subjektfinanzierung. Dadurch werden die Personen unterstützt, die die Beiträge auch wirklich benötigen. Die FDP-Fraktion begrüsst das mittlerweile vielfältige Angebot von KiTas in Binningen und die Tatsache, dass sich dieses Angebot durch den freien Markt selbst reguliert. Bezüglich der Qualität der KiTas gibt es einen ganzen Anforderungskatalog des Kantons. Diese Anforderungen müssen von allen eingehalten werden. Aus Sicht der Votantin kann es nicht sein, dass die Gemeinde zusätzlich jeden Sonderwunsch erfüllt, wie z.B. Öffnungszeiten an ei-

nem Samstag oder Sonntag. Solche Leistungen schaffen falsche Anreize und hätten eine komplette Änderung des gesamten Reglements zur Folge. Die FDP wird das Postulat daher nicht überweisen.

Patricia Bräutigam, CVP erklärt, der CVP sei es ein Anliegen, dass die Masstäbe bei der Kinderbetreuung in Binningen hoch gehalten werden. Die Umstellung von der Objekt- zur Subjektfinanzierung wurde nicht als Sparmassnahme eingeführt. Sie soll den Familien die freie Wahl einer KiTa ermöglichen. Die Fraktion erachtet es als falsch, wenn die Gemeinde mit dieser Umstellung 700 000 Franken spart. Die Einführung eines Bonussystems für spezielle Leistungen würde sie begrüßen, wobei nicht die ganzen 700 000 Franken wieder verteilt werden müssten resp. sollten. Ein derartiges System würde Anreize für die KiTas schaffen, ihre Leistungen auszubauen. Das würde ihre eigene Attraktivität aber schlussendlich auch die Attraktivität von Binningen als Wohnort für Familien erhöhen und sollte allen Anwesenden ein Anliegen sein. Der CVP ist wichtig, dass das Geld nicht nach einem Giesskannenprinzip verteilt wird. Die Leistungen, für die ein Bonus ausbezahlt wird, sollten klar geregelt werden und es muss sich dabei um zweckmässige Leistungen handeln. Aus Sicht der Rednerin macht es beispielsweise Sinn, die Integration von verhaltensauffälligen Kindern oder die Aufnahme von Kindern, die eine Sprachförderung benötigen, zu unterstützen, da diese in der Primarschule zu höheren Kosten führen können. Da kann man ev. etwas sparen. Auch die Begleitung in den Kindergarten oder die Förderung von Lehrstellen durch die Beschränkung von Praktikumsstellen erachtet die Partei als förderungswert. Deswegen folgt die CVP dem Antrag des Gemeinderats, das Postulat zu überweisen.

Jürg Blaser, SVP führt aus, die SVP sei gegen eine Überweisung. Die Fraktion ist der Meinung, dass mit solchen finanziellen Leistungen zusätzliche und unnötige Anreize in anderen Bereichen geschaffen werden könnten. Grundsätzlich ist nicht einzusehen, weshalb das aktuelle Angebot an KiTas aufrechterhalten werden sollte, wenn diese nur zu 80 Prozent ausgelastet sind. Wie die Postulantinnen schreiben, soll das dem freien Markt überlassen werden. Falls die traditionellen KiTas nur die gesetzlichen Mindeststandards erfüllen, werden sich die Eltern an die KiTas wenden, die ein besseres Angebot haben. Es stellt sich zudem die Frage, weshalb die neuen KiTas gegenüber den traditionellen im Vorteil sind, wenn der Systemwechsel doch gleich lange Spiesse hätte schaffen sollen. Aus dem Anliegen der Postulantinnen ist nicht klar ersichtlich, ob die gewünschten besonderen Leistungen nur für die traditionellen oder auch für die neuen KiTas vorgesehen sind. Die als Honorierung vorgesehenen Punkte sind aus Sicht des Votanten diskussionswürdig. Sie sind weder selbstverständlich und in jeder KiTa vorhanden – z.B. genügend Aussenfläche – oder sie sind unverständlich. Was ist mit einem Raum- und Bewegungskonzept für Babys und Kleinkinder gemeint? Er sieht nicht ein, weshalb die eingesparten fast 700 000 Franken wieder vollständig ausgegeben werden müssen. In diesem Fall hätte man auf eine Umstellung von einer Objekt- auf eine Subjektfinanzierung verzichten können.

Gaida Löhr, SP erläutert, mit der Umstellung auf eine Subjektfinanzierung wurde versucht, die Kinderbetreuung an den freien Markt anzupassen. Das hätte eine Win-Win-Situation werden können: Mehr KiTa-Plätze, weniger Subventionen, Binningen spart und alle Kinder finden einen Platz. Die gleich langen Spiesse funktionieren aber nicht, wenn jede neue KiTa eine Anschubfinanzierung vom Bund erhält. Die alteingesessenen KiTas, die bisher Subventionen erhielten, bekommen plötzlich nichts mehr und die neuen erhalten Geld. Das sind keine gleich langen Spiesse. Es ist wichtig, dass wir KiTas haben und unsere Kinder betreuen lassen können. Der bürgerliche Teil hat aus Sicht der Rednerin aber anscheinend immer noch Mühe damit, dass man auch von Qualität reden muss. Unter Qualität versteht sie keine Öffnungszeiten am Wochenende, Reiten, Musik machen oder Englisch-Unterricht. Diese Leistungen sollen die Eltern bezahlen. Qualität ist, dass die Kinder in einem vernünftigen Betreuungsschlüssel von Fachpersonen betreut werden, dass das Essen und das Umfeld stimmen und dass man auch schwierigere Kinder aufnimmt. All diese Punkte wurden hinten im Postulat aufgeführt. Es gehört auch dazu, dass man Kinder in den Kindergarten begleitet. Das ist nicht Luxus, das ist schlichtweg vorgeschrieben. Sonst funktioniert es nicht. Für KiTas ist das aber nicht attraktiv. Wenn sie relativ schlecht finanziert sind, können sie das nicht leisten.

In Binningen haben zwei der alteingesessenen KiTas Probleme bekommen. Eine hat geschlossen, die zweite wird nun weitgehend von Zürich betrieben. Das Personal wurde ausgetauscht. Bei einer gut funktionierenden KiTa stellt sich die Rednerin das anders vor. Sie ist der Meinung, man müsse nicht die ganzen 700 000 Franken investieren, aber man sollte genau hinschauen. Wo ergibt sich ein gesellschaftlicher Nutzen aus einer qualitativ hochwertigen Früherziehung? Alles was man danach bei den Kindergartenkindern finanzieren muss, kann man auch bereits bei einer KiTa finanzieren. Das Postulat wurde bewusst offen formuliert. Es ist die Bitte an den Gemeinderat, zu prüfen, wo ein Interesse besteht, dass die KiTas etwas über dem absoluten Minimum anbieten. Momentan reguliert der Markt, wie die KiTas einsparen können (z.B. Personalabbau). Das geht soweit, dass von den Eltern verlangt wird, dass sie die Module immer ganz ausschöpfen müssen. Man muss für ein Kind, das um 16 Uhr abholt wird bis um 18 Uhr bezahlen, da es sich die KiTa nicht leisten kann, zwei Stunden lang ein Kind weniger zu betreuen. Das ist nicht sinnvoll. Deswegen appelliert die Postulantin an die Anwesenden, sich zu überlegen, ob man den Gemeinderat nicht zumindest abklären lassen könne, was Sinn machen würde.

Sven Inäbnit, FDP erinnert daran, im Geschäft davor habe Gaida Löhr die Logik auf der bürgerlichen Seite in Frage gestellt. Wenn er das Votum seiner Vorrednerin hört, beruht dies auf Gegenseitigkeit. Das kantonale Gesetz, welches in Kraft getreten ist, war sehr umstritten bezüglich der Anschubfinanzierung, die explizit von der Linken- und Grünen-Seite in das Gesetz eingebracht wurde. Nun hört er, auch das sei nicht recht. Die Anschubfinanzierung ist im Gesetz und jetzt schafft man ungleiche Spiesse. Diese Logik kann er nicht nachvollziehen. Im 2013 wollte man ganz klar einen Systemwechsel, damit sich das Ganze über den Markt reguliert. Nun hat man riesige KiTa-Angebote und es gibt keine Wartelisten mehr. Wenn gewisse KiTas den Zeichen der Zeit nicht folgen und ihr Angebot nicht ihrer Kundschaft anpassen konnten, dann ist es aus Sicht des Votanten halt so, dass diese KiTas vom Markt verschwinden.

Der Redner möchte noch ein Wort zur Qualität sagen. Was hier suggeriert werde, dass man auf einem untersten Qualitätslevel surfe, erstaunt ihn. Der Qualitätsstandard wurde vom Kanton klar reguliert und selbstverständlich kann man den Standard erhöhen, erhöhen und weiter erhöhen. Die gleiche Diskussion findet beim Leistungskatalog der Krankenversicherung statt. Auch dort könnte man Zweibett- oder Einbettzimmer zum Standard machen. So geht es aus seiner Sicht einfach nicht. Der Minimalstandard ist absolut ausreichend für eine seriöse und tolle Kinderbetreuung. Wenn er den Katalog nochmal anschaut – lange Öffnungszeiten am Samstag und Sonntag – und dann im Postulat liest: «Kinder sollen nicht nur gehütet, sondern auch pädagogisch begleitet und individuell gefördert werden.», dann ist die Absicht klar: Man möchte die Kinder gerne auch noch am Wochenende in die KiTa bringen. Der Systemwechsel und die Subventionierung für die KiTas auf das vor 2013 zurück zu reihen, ist völlig systemfremd. Er bittet darum, das Postulat nicht zu überweisen.

Gaida Löhr, SP findet eine Anschubfinanzierung nach wie vor sinnvoll. Nicht sinnvoll ist, wenn man gleichzeitig den freien Markt so betont. Aus diesem Grund kämpft die Fraktion für eine Mischfinanzierung, die beides möglich macht. Gewisse Punkte sind im Interesse der Gesellschaft. Sie redet da nicht von den Sonntagsöffnungszeiten. Die Rednerin erklärt, es solle in einer späteren Sitzung diskutiert werden, welche Punkte man von diesem Katalog übernehmen möchte. Es geht um einen Grundsatz. Gemeinden, die subventionieren, sagen auch wo der Stundenansatz liegt. In Binningen sind es 11 Franken pro Stunde, die für ein Kind in Rechnung gestellt werden dürfen. Der Mittagstisch kostet 25 Franken für zwei Stunden. Wenn eine KiTa ein Kindergartenkind über Mittag betreuen möchte, dann müsste sie das Kind abholen und betreuen. Gleichzeitig fallen Kosten für die Miete und Infrastruktur an. Die 11 Franken sind absolut kein Luxus. Sie sind ausgesprochen knapp berechnet.

Beatrice Büschlen, Grüne erinnert daran, man rede hier wieder einmal über die Schwächsten der Gesellschaft. Sie hat Mühe, das Ganze so hinzunehmen ohne zu prüfen, wo der Hund begraben liege. Die Rednerin verweist auf den Fokus des Schweizerischen Arbeitgeberverbands. Dieser ist auch der Meinung, dass sich Investitionen der öffentlichen Hand in Drittbetreuungsangebote kurzfristig durch zusätzliche Steuereinnahmen der Eltern refinanzieren, mittel- bis längerfristig durch höhere Steuern und tiefe-

re staatliche Transferkosten der heranwachsenden Generation. Mit fraglichen Betreuungsangeboten in gewissen Gegenden wird die heranwachsende Generation nicht unbedingt gefördert. Der Schweizerische Arbeitgeberverband kommt zum Schluss, dass die frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung zur Chancengleichheit von Kindern im späteren Leben beiträgt. Alles was die Fraktion seit Jahren immer wieder erzählt, weiss der Verband nun auch schon.

Andrea Alt, CVP äussert, es stimme, 2013 habe man von einer Objekt- auf eine Subjektfinanzierung umgestellt. Man hat 700 000 Franken gespart. Das ist ein grosser Betrag, der den KiTas fehlt. Das ist eine Tatsache. Dass die KiTas nun nicht mehr gleich agieren können und jemand unter den Einsparungen leiden musste, ist auch klar. Es war keine Sparmassnahme. Man kann nun sagen, es seien Luxuslösungen und die müssen nicht sein. Darüber kann man sich streiten. Es geht aber auch um Punkte, die der Gemeinde wichtig sein sollten. Als Beispiel fügt die Votantin das Angebot an Lehrstellen und die Verpflichtung zur Weiterbildung des Personals an. Die Gemeinde kann einen Anreiz schaffen, damit sich die Personen weiterbilden. Zudem sollten Kinder mit speziellen Voraussetzungen, die mehr Betreuung brauchen, aufgenommen werden können. Diese Punkte gilt es aus ihrer Sicht anzuschauen.

Beatrix Rheiner, FDP entgegnet auf das Votum von Gaida Löhr, die 25 Franken für den Mittagstisch setzen sich aus 8.50 Franken für die Mahlzeit und 16.50 Franken für 1.5 Stunden Betreuung zusammen. Daraus ergibt sich ebenfalls ein Stundenansatz von 11 Franken. Es ist also gleich viel wie bei den KiTas.

Marc Schinzel, FDP findet, wenn man den Postulantinnen zuhöre, könne man meinen, man bewege sich in einem rechtsfreien Raum. Dem ist mit Nichten so. Es gibt hohe Standards für KiTas, die vom Bund in der Pflegekinderverordnung vorgegeben und vom Kanton übernommen wurden. Es braucht eine Bewilligung vom Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote des Kantons, damit man eine KiTa gründen kann. Es gibt ein 24 Seiten dickes Handbuch, welches die Vorgaben genau beschreibt. Das sind Anforderungen in der Ausbildung der Leitung, Anforderungen beim Betreuungsschlüssel, Anforderungen für einen besonderen Betreuungsschlüssel für Kinder bis 18 Monate, Vorschriften zur pädagogischen Ausbildung der Leitung und des Betreuungspersonals, Vorschriften zur Raumgrösse (6 m² pro Kind), Vorschriften zum Sicherheitskonzept, Raumkonzept, Notfallkonzept, Hygienekonzept. Zum Schluss muss das Bauinspektorat jeden Raum abnehmen. Man ist weit über dem Minimum und möchte jetzt nicht noch mehr Regelungen und falsche Anreize setzen.

Gaida Löhr, SP erklärt, nicht nur am Mittagstisch werde ein Essen serviert, sondern in der KiTa natürlich auch, wenn das Kind zum Mittagstisch komme. Dadurch sind die Kosten beim Mittagstisch trotzdem höher. In den KiTas verdient man weniger. Das ist seltsam. Die KiTas müssen zudem mehr Qualität erbringen, da die Betreuung länger ist und man mehr Leistung verlangt. Natürlich gibt es Reglemente. Trotzdem sind sie auf einem Minimalstandard. In Binningen wurde der Standard z.B. abgebaut. Im gesamten Kanton überlegen sich KiTas verzweifelt, wie sie reagieren sollen.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP merkt, dass ein grosses Interesse an diesem Thema bestehe. Es fand ein Systemwechsel von einer Objekt- zu einer Subjektfinanzierung statt. Das Ziel des Gemeinderats war, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Zudem sollten die, die es nötig haben, unterstützt und die Wartelisten abgebaut werden. Ihrer Ansicht nach konnte das Ziel mit dem Reglement durchaus erreicht werden. Das sagt etwas über die Quantität. Die Plätze haben sich vermehrt, die Vielfalt wuchs. Dass man mehr als eine halbe Million Franken einsparen konnte, war ein Nebeneffekt, den man nicht voraussehen konnte. Das war nicht gewollt. Es war nie eine Sparübung. Die Idee war, das Angebot zu öffnen. Die Votantin findet, über die Qualität könne man durchaus nochmals reden. Deshalb lässt sich der Gemeinderat das Postulat für eine Prüfung gerne überweisen. Das Interesse im Frühbereich ist in den letzten zwei, drei Jahren nochmals gewachsen. Als man das Reglement eingesetzt hat, hat man von Betreuung gesprochen. Der Fokus wechselt im Moment immer mehr auf die Förderung der Kinder, die in den Tagesstrukturen sind. Dort wird die Qualität wichtig. Beim Kanton redet man zurzeit von der Politik der frühen Kindheit. Es gibt durchaus Anliegen und Interessen, die die Gemeinde im Bereich der

Frühförderung hat und bei denen sie sich die Schaffung von zusätzlichen Anreizen vorstellen könnte. Wie das genau aussehen könnte, wäre für sie Gegenstand der Prüfung des Postulats. Bei der Beantwortung des Vorstosses hat sie bereits etwas über die Kantonsgrenzen hinaus geschaut. Es gibt Kantone mit einer Subjektfinanzierung, die beispielsweise Qualitätsgespräche mit den KiTas führen. Das wäre möglicherweise durchaus eine Prüfung wert.

Der Katalog im Postulat ist sehr gemischt. Die zwei grossen Interessen, die die zuständige Gemeinderätin im Moment im Frühbereich ausmacht, sind die Sprachfrühförderung und die Integration. Dort gibt es ein politisches Interesse und eine Prüfung könnte sich lohnen. Die gleich langen Spiesse wurden nicht geschaffen und sie findet es auch schwierig, die zu schaffen. Die einen haben das Haus einer Stiftung, die anderen müssen mieten. Gewisse haben eine Anschubfinanzierung. Gleich lange Spiesse schafft man kaum, egal mit welchem System. Auf die Frage welche KiTas es betreffe, erklärt sie, momentan bekämen alle, die es zu Gute haben eine Subventionierung, auch wenn das Kind nicht in eine KiTa in Binningen gehe. Die Gemeinde kann aber natürlich nicht mit dem ganzen Kanton Gespräche führen oder Gelder ausschütten. Das wäre Bestandteil der Prüfung. Sie würde spontan sagen, es betreffe KiTas auf dem Platz Binningen. Diese würden aber sicher alle gleich behandelt werden.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 18 JA / 17 NEIN

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 5

Nr. 42

Interpellation G. Löhr, SP: Café Spiegelfeld

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP betont, die dringende Behandlung der Interpellation sei am 22. Mai 2017 abgelehnt worden. Das Geschäft wurde in der Folge mehrmals verschoben. Die Antworten, welche der Votant heute Abend geben wird, datieren immer noch vom 22. Mai 2017. Er wird jedoch einige Ergänzungen anbringen, damit der Einwohnerrat eine Übersicht über den aktuellen Stand erhält.

1. *Warum hat der Gemeinderat die Schliessung des Restaurants Spiegelfeld ohne Fortführung des bisherigen Angebots beschlossen - im Wissen um die bisherige gute Frequentierung des Wirtsbetriebes?*

Nicht der Gemeinderat hat die Schliessung beschlossen, sondern der bisherige Pächter hat seinen Vertrag gekündigt. Das ist eine wesentliche Differenz. Aufgrund der bestehenden Unsicherheiten betreffend Sanierungsaufwand und Weiterentwicklung des Hallenbades sowie aufgrund der Empfehlung eines externen Gastro-Experten wurde jedoch entschieden, im Moment auf die Suche eines unmittelbaren Nachfolgers zu verzichten. Ob das Restaurant gut frequentiert war, kann nicht bestätigt werden.

2. *Die Renovation des Hallenbad-Gebäudes ist noch einige Zeit nicht aktuell, die Planung ist noch völlig offen. Warum wird die Renovation als Vorwand zur Schliessung benutzt?*

Im aktuellen Investitionsplan sind in den Jahren 2021 und 2022 total 7 Mio. Franken eingestellt. Der Betrag war bereits einmal im Investitionsplan 2018/19 eingestellt und wurde dann zurückgestellt. Für eine Bestandsaufnahme und die Projektentwicklung hat der Gemeinderat zudem bereits im Frühjahr ein externes Planungsbüro (Beck Schwimmbadbau) beauftragt, dessen Ergebnisse im Herbst vorliegen sollen.

ten. Diese Ergebnisse sind nun, Ende Oktober, eingetroffen. Es kann also keine Rede von einem Vorwand sein und es ist auch falsch, dass die Renovation aktuell kein Thema wäre.

3. *Scheinbar wird eine spätere Wiedereröffnung des Spiegelfeld-Restaurants erwogen, wenn ja - wann? Ein längerer Unterbruch macht auch aus ökonomischer Sicht keinen Sinn; wie soll dann die derzeitige Stammkundschaft zurückgewonnen werden?*

Eine Wiedereröffnung ist abhängig vom Resultat der Bestandsaufnahme und der Terminierung der anstehenden Renovationsarbeiten. Ein genauer Termin ist noch nicht fixiert. Es ist jedoch vorgesehen, das Restaurant nach der regulären Sommerpause in Form eines kleinen Kioskes wiederzueröffnen.

4. *Wie hoch war der Ertrag (Pacht) des Restaurants für die Gemeinde bisher? Wie hoch ist der Ertrag für die Platzierung der Automaten?*

Die jährliche Pacht belief sich auf 15 600 Franken und lag damit in den letzten Jahren immer unter den getätigten Aufwendungen für das Restaurant. Bei einer rein finanziellen Betrachtung war das Restaurant für die Gemeinde somit eher ein Verlustgeschäft. In den letzten 7 Jahren sind über 100 000 Franken in den Unterhalt und den Ersatz von Geräten investiert worden. Über den möglichen Ertrag von Automaten kann zum heutigen Zeitpunkt noch keine Aussage gemacht werden. Für die Gemeinde wird es jedoch nach ersten Schätzungen nicht zu einer finanziellen Mehrbelastung kommen.

Zusatzbemerkung zum Automatenbetrieb: Die Platzierung und die Bewirtschaftung des Food-Automaten erfolgt durch eine externe Firma und ist an keine Mindestdauer gebunden. Da noch offen ist, ob das Restaurant wieder verpachtet wird, sind der Kauf eines Food-Automaten (ca. 10 000 Franken) oder das Mieten mit einer dreijährigen Mindestmietdauer keine Option. Eine Kaffeemaschine wurde gekauft. Der Glace-Lieferant stellt die Kühltruhe gratis zur Verfügung ohne Mindestabnahmeverpflichtung. In rund drei Monaten wurde mit Kaffee- und Glace-Verkauf ein Umsatz von 3012 Franken erzielt. Somit kann unter Berücksichtigung der 6 Wochen Sommerferien ein Jahresumsatz von ca. 12 000 Franken erwartet werden. Gleichzeitig muss man berücksichtigen, welcher Aufwand andernfalls angefallen wäre, den man dann noch hätte abziehen müssen.

5. *Wie garantiert der Gemeinderat, dass eventuelle kommende Getränke- und Verpflegungsautomaten im Sinne der gesundheitsfördernden Schule betrieben werden?*

Die Verpflegungsautomaten befinden sich im Eingangsbereich des Hallenbades, welches bekanntlich erst um 12 Uhr öffnet – mit Ausnahme von Samstag und Sonntag, dann öffnet das Hallenbad um 10 Uhr – und nicht bei den Turnhallen. Schon bisher wurden vom ehemaligen Wirtepaar diverse Süßigkeiten und Glaces angeboten. Es sind keine speziellen Einschränkungen geplant. Der Gemeinderat verweist darauf, dass auch im Jugendhaus Süssgetränke angeboten werden.

6. *Wer sorgt dafür, dass das Automatenrestaurant sauber gewartet wird?*

Das Restaurant wird als Warte- und Konsumationsraum genutzt. Für den Unterhalt und die Sauberkeit der Räume ist das Ressort Hallenbad verantwortlich.

Gaida Löhr, SP dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen. Die Beantwortung erfolgte nicht ihretwegen so spät. Sie hätte sie gerne schon im Mai erhalten. Es gab einige Antworten, über die sie nicht sehr glücklich ist und Antworten, bei denen sie findet, ihre Frage sei nicht beantwortet worden. Sie ging davon aus, dass die Gemeinde Geld erhalte, wenn Firmen ihre Ware verkaufen dürfen und nicht, dass sie dafür noch bezahlen müsse. Es gab auch keine Aussage dazu, ob die Gemeinde einen Ertrag hat. Scheinbar nicht. Beim Restaurant gab es einen Ertrag. Der Aufwand für den Unterhalt und die Putzarbeiten sind hingegen geblieben. Der Kiosk, der nach den Sommerferien hätte kommen sollen, steht momentan nicht. Sie hat bisher keinen Kiosk gesehen. Für die Votantin gibt es viele Ungereimtheiten, daher beantragt sie Diskussion.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 17 JA / 17 NEIN

Präsident *Pascal Treuthardt*, FDP lehnt eine Diskussion per Stichentscheid ab.

BESCHLUSS

://: Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt und beantragt Diskussion. Die Diskussion wird abgelehnt.

Traktandum 6

Nr. 22

Postulat SVP-Fraktion: Erstellen einer Online-Plattform für die Wahlen 2020

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Roman Oberli, SVP ist überzeugt, der Einwohnerrat habe heute eine seltene Gelegenheit, sich für die Erhaltung der Demokratie einzusetzen. Tiefe Wahlbeteiligungen – er erinnert an den zweiten Wahlgang der Gemeinderatswahlen mit unter 30 Prozent – weisen auf ein gewisses Unbehagen hin. Oft hört man, dass die Bürger gar nicht wissen, wofür die Kandidaten eintreten. Mit Smartvote kann man dieses Argument entkräften. Jeder Bürger erhält eine Wahlempfehlung aufgrund eines sachpolitischen Fragenkatalogs mit überwiegend kommunalen Themen. Dadurch erfährt der Bürger, welche Parteien oder welche Kandidaten am ehesten für seine Interessen eintreten. Das schafft einen Anreiz, wählen zu gehen. Zusätzlich schafft es Transparenz, setzt dem Plakatschunzel ein Ende und schont damit die Umwelt. Denn je mehr Personen Smartvote nutzen, desto weniger Plakate sind nötig. Ein weiterer Vorteil ist, dass es für jeden Kandidaten und jede Kandidatin freiwillig ist.

Im Vorfeld der heutigen Debatte sind dem Redner einige Voten entgegen gebracht worden. Das waren zum einen Bedenken an der Neutralität des Fragenkatalogs. Dazu möchte er die Antwort von Herrn Erne von Smartvote zitieren: «Uns (Smartvote ist ein Projekt des neutralen, non-profit Vereins Politools mit Sitz in Bern) ist ein ausgewogener Fragebogen mit lokalen Themen sehr wichtig. Mindestens die Hälfte der Fragen, meist jedoch deutlich mehr, sollen einen lokalen Bezug haben. Dies ist bei Fragen, welche grundsätzliche politische Werte und Einstellungen abfragen, oft schwierig (z.B. Fragen zur Gesellschaftspolitik oder zur Aussenpolitik). So gibt es jeweils auch einen Teil der Fragen, welche keinen ganz konkreten lokalen Bezug haben (z.B. Frage nach einer Legalisierung von Cannabis). Bei der Erarbeitung des Fragebogens werden Parteien, Interessengruppen, interessierte Einwohner/-innen aber auch die Gemeinde aufgefordert, unverbindlich Themenvorschläge zu machen. Zudem wird auch das Smartvote-Team recherchieren. Die Verantwortung für die Zusammenstellung des Fragebogens liegt letztlich aber alleine bei Smartvote.» Der Postulant erklärt, das Geschäft des Gemeinderats könne man anders verstehen. Es gibt nicht einfach eine Mischung von Fragen. Smartvote, das auch mit kommunalen Themen Erfahrung hat, stellt einen ausgewogenen, sachpolitischen, neutralen Fragenkatalog zusammen.

Ein anderes Anliegen waren die Kosten. Auch hierzu hat der Redner eine Anfrage an Smartvote geschickt. Aufgrund der beiden ihm nun vorliegenden Offerten stellt sich für ihn die Frage, ob der Gemeinderat überhaupt eine Offerte eingeholt habe. Er fände es komisch, einen Kredit zu beantragen,

ohne davor eine konkrete Offerte eingeholt zu haben. Es gibt zwei Optionen, welche für Binningen in Frage kommen würden. Die eine Offerte geht von 8500 Franken exkl. MwSt. für die Gemeinde- und Einwohnerratswahlen aus, ohne dass die Daten den Medien kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Medien könnten in diesem Fall nicht einfach kostenlos Statistiken und Analysen der Wahl zeigen. Wenn man das möchte, würde es nochmals 1000 Franken exkl. MwSt. mehr kosten. Der Votant ist der Meinung, das Ziel sei erreicht, wenn der Stimmbürger sehe, wofür die Kandidaten einstehen und wen er sich vorstellen könnte, zu wählen. Aus diesem Grund hat er zwei zusätzliche Anträge. Erstens: Antrag 2 wird wie folgt abgeändert: Die einmaligen Kosten von CHF 8500 exkl. MwSt. gemäss der Offerte von Smartvote sind in das Budget 2019 aufzunehmen. Zweitens: Der Gemeinderat berichtet dem Einwohnerrat nach den Wahlen 2020, wie oft Smartvote genutzt wurde bzw. wie gross die Nachfrage war. Zusammenfassend hält er fest, es biete sich dem Einwohnerrat eine super Gelegenheit, möglichst viele potenzielle Wähler zu erreichen und eine einfache und transparente Wahl zu ermöglichen. Dies alles für einen relativ kleinen Betrag. Deshalb bittet er, die Anträge anzunehmen.

Manuel Mohler, FDP steht dem Ansinnen der SVP grundsätzlich positiv gegenüber. Die FDP findet, eine objektive Information der Stimmbürger sei gut. Da Binningen aber nur ca. 10 000 Stimmbürger hat und Smartvote in der Vergangenheit lediglich von ungefähr 15 bis 18 Prozent genutzt wurde, sind die Kosten von 8500 Franken – mit MwSt. ist man nahe an den 10 000 Franken, die der Gemeinderat in seiner Vorlage genannt hat – relativ hoch. Es heisst auch nicht, dass die 15 Prozent nur deshalb zur Urne gehen, weil sie Smartvote genutzt haben. Es ist einfach eine zusätzliche Informationsquelle. Für ihn stellt sich die Frage, wie hoch die Qualität dieser Information ist. Jeder, der den Fragebogen selbst schon einmal ausgefüllt hat, weiss, gewisse Fragen sind äusserst schwierig zu beantworten. Es werden zum Teil keine differenzierten Antworten zugelassen. Ob das Ergebnis schlussendlich wirklich objektiv ist, darf durchaus in Frage gestellt werden. Der Votant hat sogar Personen kennengelernt, die die Fragen so ausfüllen, dass die Spider zum Schluss genauso aussieht, wie sie das gerne hätten. Er hat daher gewisse Zweifel, ob es ein grosser Gewinn sein wird. Zudem ist es eigentlich die Aufgabe der Parteien, ihre Kandidaten bekannt zu machen. Das muss nicht von der Gemeinde finanziert werden.

Patricia Bräutigam, CVP schildert, die CVP erachte Online-Plattformen für die Wahlen als sinnvoll. Sie helfen den Wählerinnen und Wählern, diejenigen Kandidierenden zu finden, welche ihnen politisch am nächsten stehen und das auch unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Gerade bei Wahlen der Legislative mit teilweise sehr vielen Kandidierenden, von denen man die wenigsten kennt, ist es ein sehr hilfreiches Tool. Die 10 000 Franken sind für die Fraktion daher eine gute Investition. Sollte man dem Einsatz von Smartvote zustimmen, ist es für sie wichtig, dass diese Möglichkeit einerseits durch die Gemeinde und andererseits durch die Parteien in der Bevölkerung bekannt gemacht und beworben wird. Mit dem Ziel, dass sich die Anschaffung am Schluss auch finanziell lohnt. Die CVP unterstützt eine Berichterstattung im Anschluss an die Wahlen und folgt allen Anträgen des Gemeinderats.

Gabriela Vetsch, SP signalisiert, die Fraktion sei sich nicht einig, wie sie zu diesem Geschäft stehe. Sie sieht es ähnlich, wie die FDP. Die Kosten sind gerade im Vergleich zur Einwohnerzahl recht hoch. Es wurden im Einwohnerrat bereits heftige Debatten über deutlich kleinere Beträge geführt. Die Absicht allerdings, die Wähler und Wählerinnen an die Urne zu holen, ist sehr unterstützungswert. Der Effekt mit 15 – 18 Prozent ist aber eher gering. Für eine elektronische Plattform spricht aus Sicht der SP, dass die Politik interessanter werden könnte. Es ist modern und entspricht der heutigen Zeit. Konkrete Fragen könnten das Profil der Kandidierenden schärfen und die Transparenz erhöhen. Das wäre eigentlich ein sehr sinnvolles Ziel. Die Fraktion ist sich aber nicht sicher, wie die Transparenz erreicht werden soll. Nur weil Digitalisierung momentan ein Schlagwort ist, muss man nicht alles kritiklos übernehmen. Wie kommen die lokalen Fragen schlussendlich in den Fragenkatalog? Nur weil Smartvote versucht, diese neutral einzusetzen, heisst das nicht, dass es auch so ist. Wer redet da tatsächlich mit? Wenn es wirklich ungefähr 50 Prozent nationale Fragen sind, dann fragt sie sich, ob das Ergebnis für die kommunale Politik, die ja ganz anders funktioniert, noch aussagekräftig ist. Wenn die Fragen die Themen einer Partei gar nicht abbilden, dann kann das Ergebnis tatsächlich wenig aussagekräftig sein. Es besteht durchaus

die Gefahr, dass das moderne Mittel (Smartvote) eine Scheintransparenz herstellt. Für einen grossen Teil der Fraktion ist eine Scheintransparenz nicht wünschenswert und schon gar nicht für fast 10 000 Franken. Die SP wird nicht geschlossen stimmen.

Anand Jagtap, Grüne erläutert, die Grünen unterstützen grundsätzlich alle Massnahmen, die zu einer höheren Wahlbeteiligung führen und durch die man sich besser über die Kandidierenden informieren könne. Die Fraktion ist aber skeptisch, ob das Ziel mit dem vorgeschlagenen Vorhaben erreicht wird. Ähnlich wie die FDP und SP stellt sie ein grosses Fragezeichen hinter die Kandidatenprofile und die Zusammenstellung des Fragenkatalogs. Auch die Grünen werden daher nicht geschlossen stimmen.

Roman Oberli, SVP legt dar, mit 8 Prozent MwSt. wäre man bei Kosten von 9180 Franken. Das wären fast 1000 Franken weniger als vom Gemeinderat beantragt. Es wurden nochmals Zweifel an der Zusammenstellung der Fragen geäussert. Dazu zitiert der Redner eine weitere Stelle aus der Antwort von Herrn Erne von Smartvote: «Zudem wird auch das Smartvote-Team recherchieren und aktuelle politische Vorstösse, laufende oder anstehende Geschäfte, grundsätzliche Fragen zur Gemeindeentwicklung und die Medienberichterstattung einbeziehen. Die Gemeinde wird in die Erarbeitung des Fragebogens einbezogen, Feedback zu den Fragen ist erwünscht. Unsere Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Gemeinden und Parteien bei kommunalen Wahlen waren bisher sehr positiv.» Er resümiert, es handle sich nicht um einen völlig intransparenten Prozess. Er geht davon aus, dass sich die 15 – 18 Prozent der Stimmbürger, die Smartvote erreicht, auf die gesamte Bevölkerung bezieht. Im Binningen stimmen im Durchschnitt 4500 Personen ab. Die Statistik von Smartvote besagt, dass im durchschnittlich 1000 bis 4000 Personen erreicht werden. Damit hat man einen Mindestdeckungsgrad von 25 Prozent und einen maximalen Deckungsgrad von über 90 Prozent und das für unter 10 000 Franken. Da könnte man sich aus seiner Sicht einige Plakate sparen.

Gaida Löhr, SP geht es mehr um die Antworten. Philippe Spitz zitiert sehr häufig den FDP-Wahlflyer. Das jeweils mit einer gewissen Ironie, da nicht alles, das dort steht, auch so umgesetzt wird. Es wurde bereits erwähnt, man könne sein Profil etwas schönen. Sie fände es ausgesprochen heikel, wenn die Scheintransparenz im Namen der Gemeinde gemacht werden würde. In der Werbung ist es das eine. Wenn die Gemeinde es auf ihrer Plattform hat, ist es für die Votantin etwas anderes. Der zweite Punkt ist der Ablauf. Mit einer Darstellung, in welcher man sieht, wer was angekreuzt hat, könnte sie leben. Wenn einem aber wie bei einer Partnervermittlung der Traumkandidat zugeteilt wird, dann sträuben sich ihr als Lehrerin von nicht intellektuellen Jugendlichen sämtliche Haare. Sie versucht die Jugendlichen dazu zu bringen, selbstständig zu denken. Diesem Ablauf könnte sie nie zustimmen. Zum Schluss merkt die Votantin an, dass es genau die Interessierten seien, die auf die Plattform gehen. Die 15 Prozent addieren sich nicht zu den Bisherigen dazu. Es sind mehrheitlich die Personen, die jetzt schon stimmen und sich dort zusätzlich informieren.

Karin Glaser, Grüne steht dem Fragenkatalog nach wie vor sehr skeptisch gegenüber. In den 9180 Franken inkl. MwSt., die Roman Oberli vorrechnete, ist noch keine Bearbeitung inkludiert. Sie geht davon aus, die Gemeinde liege mit rund 10 000 Franken nicht schlecht.

Philippe Spitz, SP steht dem Postulat grundsätzlich positiv gegenüber. Es geht um ein Vorhaben, das zusätzliche Ausgaben generiert – ein «nice-to-have». Er fragt sich, ob Roman Oberli die Auswirkungen auf den Steuerfuss geprüft habe. Die in Aussicht gestellte Eindämmung des Plakatschungels erachtet der Redner eher als «wishfull thinking». Er schaut gerne, wie viele Plakate die SVP und auch die anderen Parteien aufhängen werden, wenn der Einsatz der Online-Plattform angenommen wird. Er selbst spricht sich aber nichtsdestotrotz für Smartvote aus. Das Schwergewicht sollte seiner Ansicht nach auf lokalen und nicht auf nationalen Themen liegen. Er geht mit dem Fraktionssprecher der FDP einig, dass differenzierte Antworten möglich sein sollten. Immerhin können Politiker, die auf Fragen nicht Antwort sondern vorgefertigte Statements abgeben, hier eher wenig ausrichten. Aus seiner Sicht ist es ein Versuch wert, mehr Personen für die Politik zu begeistern oder immerhin zu interessieren.

Roman Oberli, SVP wiederholt, dass gemäss Herrn Erne von Smartvote mindestens die Hälfte der Fragen, meist jedoch deutlich mehr, einen lokalen Bezug haben. Die 9180 Franken beinhalten gemäss Kostenvoranschlag die Ausarbeitung eines Fragebogens von 35 - 45 Fragen (3200 Franken), Kommunikation mit Parteien, Gemeinden und Bevölkerung (1600 Franken), Informatikarbeiten, Anpassung der Webseite und laufender Betrieb/Unterhalt (1600 Franken), Support Hotline für Kandidierende, Parteien und Bevölkerung (1600 Franken) und Administratives und Sachkosten (pauschal 500 Franken). So kommt man auf die 8500 Franken. Es entstehen für die Gemeinde keine Mehrkosten. Auf die Voten zur Intransparenz entgegnet er, wenn sich die Kandidierenden durch den Fragebogen mogeln, hintergehen sie ihre Wähler bewusst. Er ist überzeugt, dass die Bevölkerung das merke und nicht goutieren werde.

Patricia Bräutigam, CVP denkt, man könnte durchaus den einen oder anderen jungen Wähler gewinnen. Sie hat selbst viele Kollegen und Kolleginnen, die bei kantonalen und nationalen Wahlen gewählt haben aufgrund des Smartvote-Angebots. Bei den kommunalen Wahlen gehen sie nicht wählen, da sie keine Ahnung haben, wer die Personen auf den Listen sind. Dieser Realität muss man ins Auge schauen. In der heutigen Zeit ist es aus ihrer Sicht eine sehr gute Lösung. Niemand ist gezwungen mitzumachen. Es ist eine Frage der Moral, wenn man als Kandidat seine Antworten schön. Aber dann kommt man mit den Plakaten auch nicht weiter.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP führt aus, der Gemeinderat habe mit Städten und Gemeinden, die die Lösung bereits realisiert haben, Kontakt aufgenommen. Die Rückmeldungen waren interessant. Sie haben gesagt, dass die Anbieter Zahlen zur Nutzung der Seite aufzeigen. Es kann aber niemand beantworten, ob daraus auch tatsächlich ein Nutzen gezogen und ob dank dieser Information jemand gewählt resp. nicht gewählt wurde. Der Gemeinderat hat das Thema lange diskutiert und kam zum Schluss: Es ist es wert, auch wenn es einen gewissen Betrag kostet. Es wurde erwähnt, dass man bei einer Direktabrechnung unter 10 000 Franken bleiben könnte. Bei einem Voranschlag hat es manchmal noch eine gewisse Unsicherheit dabei und er ist froh, dass der Gemeinderat sehr nahe an den Zahlen von Roman Oberli dran ist. Wenn der Nutzen für die Kandidierenden erhöht wird und sich daraus tatsächlich etwas Gutes ergibt, dann sollte man es aus Sicht des Gemeinderats probieren. Nur so kann man sich anschliessend eine eigene Meinung bilden. Man kann den Zahlen der Anbieter und den Erfahrungsberichten anderer Gemeinden horchen, aber letztlich weiss man nie, ob es in Binningen genau gleich eintrifft. Das weiss man erst, wenn man es ausprobiert hat. Deswegen ist es ein Stück weit eine Grundsatzfrage, die beantwortet werden muss. Die Grundsatzfrage hat ein Preisschild und das liegt in der Grössenordnung von 10 000 Franken.

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP erklärt, in Bern gebe es einen CVP-Politiker, der sich die Mühe mit Smartvote gemacht und seinen eigenen Fragenkatalog erstellt habe. Er hatte anschliessend als eine seiner Kernkompetenzen, mehr finanzierte Gartenzwerge. Die Transparenz hängt sehr davon ab, wie die Fragen gestaltet werden und wie man damit spielt. Er persönlich hält es immer noch für eine sehr grosse Scheintransparenz.

Damit kommt der Präsident zur Abstimmung. Bevor über die Anträge von Roman Oberli abgestimmt wird, möchte er die Frage klären, ob dem Einsatz von Smartvote grundsätzlich zugestimmt wird.

ABSTIMMUNG

Antrag 1 des Gemeinderats: 18 JA / 14 NEIN / 3 Enthaltungen

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP möchte beliebt machen, dass man im Antrag 2 bei den 10 000 Franken bleibe. Der Gemeinderat hat ebenfalls eine Offerte eingeholt und berücksichtigt, dass es noch zwei, drei Kleinigkeiten geben wird. Es geht um eine Budgetposition und nicht um die Schlussrechnung.

Roman Oberli, SVP zieht seinen Änderungsantrag zurück.

Antrag 2 des Gemeinderats: 20 JA / 10 NEIN / 5 Enthaltungen

Damit kommt der Einwohnerratspräsident zum zweiten Antrag von Roman Oberli: «Der Gemeinderat berichtet dem Einwohnerrat nach den Wahlen 2020, wie oft Smartvote genutzt wurde bzw. wie gross die Nachfrage war.»

Antrag R. Oberli: grossmehrheitlich JA

Antrag 3: einstimmig JA

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat stimmt dem Einsatz der Online-Wahlhilfe Smartvote für die Gesamterneuerungswahlen 2020 zu.
 - ://: 2. Die einmaligen Kosten von 10 000 Franken sind in das Budget 2019 aufzunehmen.
 - ://: 3. Der Gemeinderat berichtet dem Einwohnerrat nach den Wahlen 2020, wie oft Smartvote genutzt wurde bzw. wie gross die Nachfrage war.
 - ://: 4. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
-

Traktandum 7

Nr. 129/X und 141/X

Motion FDP: Kein Durchgangsverkehr auf der Benkenstrasse und Motion SVP: Beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Beantwortung der Anfrage

Anfrage G. Löhr, SP: Tagi (Schutzmatten)

64

Gemeinderätin Barbara Jost, SP erläutert, das Tagi in den Schutzmatten sei seit dem 1. November unter einer neuen Führung. Sie beantwortet die erste Frage und die Fragen 4 bis 8 gerne, soweit ihr dies möglich ist. Die zweite und dritte Frage werden durch Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti beantwortet, da es sich um geteilte Zuständigkeiten handelt.

1. *War die Gemeinde informiert?*

Ja, die Gemeinde war immer informiert. Die Stiftung hat sich sehr transparent verhalten.

2. *Gelten weiterhin die gleichen Mietbestimmungen?*

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP äussert, der Gemeinderat habe der Stiftung in ihrer damaligen, schwierigen Situation im Sinn einer Übergangslösung einen fixen auf 5 Jahre befristeten Mietvertrag zugesprochen. Davor war der Mietvertrag auf ein Jahr kündbar.

3. *Welche Rolle spielt die Gemeinde als Miteigentümerin?*

Die Gemeinde befindet sich im Moment in Verhandlungen mit dem Stiftungsrat. Man muss dazu wissen, dass sich der Stiftungsrat neu zusammengesetzt hat. Zurzeit ist man daran, einen Termin mit dem Stiftungsrat zu fixieren.

4. *Welche Rolle spielt der Stiftungsrat?*

Gemeinderätin Barbara Jost, SP führt aus, die Stiftung als Trägerschaft und als Rechtsform, vertreten durch den Stiftungsrat, habe alle Massnahmen ergriffen, um ihren Zweck weiterhin zu erfüllen. Sie hat sich dafür eingesetzt, dass das Dienstleistungsangebot erhalten und sichergestellt werden konnte.

5. *Stimmt es, dass das ganze Personal ausgetauscht worden ist?*

Diese Frage könnte die Stiftung als ehemalige Arbeitgeberin beantworten. Die Gemeinde hatte und hat auch jetzt keine Leistungsvereinbarung mit der Stiftung. Der zuständigen Gemeinderätin wurde in Gesprächen zugetragen, dass mit allen MitarbeiterInnen Gespräche geführt wurden und die Lernenden bleiben können. Das ist aber keine offizielle Information.

6. *Wie steht es mit den Anstellungsbedingungen, dem Betreuungsschüssel, dem Ausbildungsstand (wie viele Ausgelernte, Ungelernte, Lehrlinge, Praktikanten, Zivildienstler)?*

7. *Stimmt es, dass man das Konzept der gesunden Küche aufgegeben hat?*

Diese Fragen kann der Gemeinderat nicht beantworten. Die Betriebsbewilligung des Kantons für die Kimi liegt vor. Die Kimi hat – wie alle anderen KiTas, die die Bewilligung erhalten haben – die Voraussetzungen zum Betrieb erfüllt. Seitens Gemeinde werden keine strengeren Vorschriften auferlegt.

8. *Hat die Gemeinde auch Reaktionen von Eltern?*

Bei der Abteilung BKS, in welcher die Anträge für die Subventionen reinkommen, und bei der Abteilung Soziale Dienste sind Reaktionen eingegangen. Es ging um das hohe Depot, welches die Kimi verlangt. Die Bezahlung des Depots hat scheinbar bei einigen Familien zu Problemen geführt. Sonst ist nichts Offizielles bekannt.

Traktandum 8

Diversa

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP schliesst die Sitzung um 22.20 Uhr.

Die nächste ordentliche Sitzung findet am 4. Dezember 2017, 19.00 Uhr, statt.